

**Deutschland-Bad Nauheim: Entwicklungssoftwarepaket
OJ S 179/2023 18/09/2023
Auftragsbekanntmachung
Lieferungen**

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Kerckhoff-Klinik GmbH
Postanschrift: Benekestr. 2-8
Ort: Bad Nauheim
NUTS-Code: DE71E Wetteraukreis
Postleitzahl: 61231
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Vergabestelle der Kerckhoff-Klinik
E-Mail: Vergabestelle@Kerckhoff-Klinik.de
Telefon: +49 6032/9962451
Fax: +49 90329963996
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.kerckhoff-klinik.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: https://www.had.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-18929fb0381-5ff35826b2843f5e
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: www.had.de
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
Offizielle Bezeichnung: Kerckhoff-Klinik GmbH
Postanschrift: Benekestr. 2-8
Ort: Bad Nauheim
NUTS-Code: DE71E Wetteraukreis
Postleitzahl: 61231
Land: Deutschland
E-Mail: vergabestelle@kerckhoff-klinik.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.kerckhoff-klinik.de

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Andere: GmbH

I.5. Haupttätigkeit(en)

Gesundheit

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Lieferung und Implementierung eines Patientenportals und einer Entlassmanagementsoftware
Referenznummer der Bekanntmachung: KK-2023-006

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

48983000 Entwicklungssoftwarepaket

II.1.3. Art des Auftrags

Lieferauftrag

II.1.4. Kurze Beschreibung

Lieferung und Implementierung eines Patientenportals und einer Entlassmanagementsoftware gemäß Fördertatbestand 2 und Fördertatbestand 6 KHZG

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: ja
Angebote sind möglich für nur ein Los

II.2. Beschreibung

II.2.1. Bezeichnung des Auftrags

Patientenportal
Los-Nr.: 1

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

48814000 Medizinische Informationssysteme

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE71E Wetteraukreis

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Der Auftraggeber, die Kerckhoff-Klinik GmbH, hat im Rahmen des Krankenhauszukunftsgesetzes Fördermittel nach § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KHStFV beantragt. Ziel ist die vollumfängliche Implementierung eines Patientenportals für das digitale Aufnahme- und Behandlungsmanagement mit integrierter KIS-Anbindung, um die transsektorale Kommunikation und den digitalen Informationsaustausch zwischen Leistungserbringer und -empfänger vor, während und nach der Krankenhausbehandlung zu ermöglichen.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Erfüllungsgrad Lastenheft / Gewichtung: 30,00

Qualitätskriterium - Name: Präsentation Benutzerfreundlichkeit / Gewichtung: 20,00

Qualitätskriterium - Name: Interoperabilitätskonzept / Gewichtung: 20,00

Preis - Gewichtung: 30,00

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/11/2023 Ende: 31/10/2026

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Eine Verlängerung bis zu 5 Vertragslaufjahren ist möglich

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Der Mehrpreis für die Premiumwartung (inkl. Updates & Upgrades) wird optional abgefragt.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

II.2. Beschreibung

II.2.1. Bezeichnung des Auftrags

Entlassmanagement

Los-Nr.: 2

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

48814000 Medizinische Informationssysteme

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE71E Wetteraukreis

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Der Auftraggeber, die Kerckhoff-Klinik GmbH, hat im Rahmen des Krankenhauszukunftsgesetzes Fördermittel nach § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 KHSFV beantragt.

Ziel ist die vollumfängliche Implementierung eines Entlassmanagements (Los 2) für das digitale Entlassmanagement mit integrierter KIS-Anbindung, um die transsektorale Kommunikation und den digitalen Informationsaustausch zwischen Leistungserbringer und -empfänger nach der Krankenhausbehandlung zu ermöglichen.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Erfüllungsgrad Lastenheft / Gewichtung: 30,00

Qualitätskriterium - Name: Präsentation Benutzerfreundlichkeit / Gewichtung: 20,00

Qualitätskriterium - Name: Interoperabilitätskonzept / Gewichtung: 20,00

Preis - Gewichtung: 30,00

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/11/2023 Ende: 31/10/2026

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Eine Verlängerung bis zu 5 Vertragslaufjahren ist möglich

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Der Mehrpreis für die Premiumwartung (inkl. Updates & Upgrades) wird optional abgefragt.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Nachweis über die Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister (z.B.

Handelsregisterauszug) (§ 122 Abs.2 Nr.1 GWB i.V.m. § 44 Abs.1 VgV) oder sonstige

Bescheinigung oder Erklärung i.S. von Anhang VII Teil B und C der Richtlinie 2014/24/EG, wenn dies nach den Rechtsvorschriften des jeweiligen Niederlassungs- bzw. Herkunftsstaates Voraussetzung für die erlaubte Berufsausübung ist.

Nur auf Nachfrage der Vergabestelle: Darstellung der gesellschaftsrechtlichen Strukturen des Bewerbers.

Nur auf Nachfrage der Vergabestelle:

Eigenerklärung, dass keinerlei Eigen-tumsverflechtungen mit anderen Firmen, die als Hersteller, Provider oder Systemintegratoren von Produkten und Lösungen in Frage kommen, besteht.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Erklärung zum Umsatz bezogen auf die Leistungsart, die Gegenstand der Vergabe ist, für die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (§ 122 Abs.2 Nr.2 GWB i.V.m. § 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV).

- Erklärung zur Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung (§ 122 Abs.2 Nr.2 GWB i.V.m. § 45 Abs.1 Nr.3 VgV).

- Auf gesonderte Nachforderung der Vergabestelle: Jahresabschlüsse oder Auszüge von Jahresabschlüssen der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, falls deren Veröffentlichung in dem Land, in dem der Bieter oder Bieter niedergelassen ist, gesetzlich vorgeschrieben ist.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- Der Bewerber weist in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren pro Los jeweils mindestens einen Nettoumsatz mit vergleichbaren Leistungen in Höhe von 0,5 Mio. Euro auf. Der Bieter muss diesen Umsatz auf Nachfrage der Vergabestelle durch entsprechende Referenzen nachweisen.

- Nachweis einer Firmenhaftpflichtversicherung mit folgenden Deckungssummen:

Personen- und Sachschäden: Mindestens 5.000.000,00 Euro pro Schadensfall, zweifach maximiert im Jahr

Vermögensschäden: Mindestens 1.000.000,00 Euro pro Schadensfall, zweifach maximiert im Jahr

Die Haftpflichtversicherung muss bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut abgeschlossen worden sein. Die Haftpflichtversicherung muss während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechterhalten und nachgewiesen werden. Der Bieter hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht.

Nachweis der aufgeführten Versicherungen durch Eigenerklärung nach Anlage 2F2.4 oder Bescheinigung des Versicherungsgebers, dass eine entsprechende Versicherung im Auftragsfall abgeschlossen wird (jeweils Kopie ausreichend).

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Erklärung zur beruflichen Leistungsfähigkeit (§ 122 Abs.2 Nr.3 GWB i.V.m. §46 Abs. 3 Nr. 1, 1. Halbsatz VgV)) durch Eigenerklärung des Bieters: Geeignete Referenzen über vergleichbare Liefer- und Dienstleistungsaufträge aus den letzten drei Jahren.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- Mindestanforderung: Nachweis von mindestens drei vergleichbaren Referenzen. Die Referenzen müssen auf die letzten drei Jahre Bezug nehmen. (§ 122 Abs. 2 Nr. 3 GWB i.V.m. §46 Abs. 3 Nr. 1, 1. Halbsatz VgV). Die Vergleichbarkeit ist gegeben, wenn die Referenzprojekte bereits abgeschlossen oder noch in Bearbeitung sind, sowie über 300 Betten verfügen.

- Mindestanforderung: Mindestens ein Referenzhaus mit iMedOne, in dem die Umsetzung der Muss-Kriterien des Fördertatbestandes 2 projektiert ist.

- Falls Leistungen nicht vom Auftragnehmer selbst, sondern von Dritten (sog. Nachunternehmer oder Subunternehmer) ausgeführt werden sollen: Erklärung zum Einsatz von Nachunternehmern nebst Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers.

- Beruft sich ein Bieter zum Nachweis seiner Eignung (wirtschaftliche und finanzielle sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit) auf die Kapazitäten anderer Unternehmen (sog. Eignungsleihe), so nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen (für die technische und berufliche Leistungsfähigkeit muss der Eignungsleihende Nachunternehmer sein, nimmt der Bieter für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der "Verpflichtungserklärung" abzugeben).

- Das eingesetzte Personal muss mindestens über das Niveau C1 in Deutsch des gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen verfügen.

Nachweis nach DIN ISO 9001:2015 (Qualitätsmanagementsystem) oder vergleichbar durch Eigenerklärung des Bieters

- Nachweis zu den in den letzten 3 Jahren Beschäftigten des Bewerbers/ der Bewerbergemeinschaft gemäß § 46 Abs. (3) Nr. 8 VgV.

Mindestanforderung Los1: 50 Beschäftigte

Mindestanforderung Los:2: 25 Beschäftigte

- Eigenerklärung zur Beabsichtigung der Erreichung der Ziele des Europäischen Grünen Deals: Die Ziele des Green Deal umfassen unter anderem die Reduktion der Treibhausgasemissionen und die Schaffung eines klimaneutralen Europas bis zum Jahr 2050 (vgl. Europäische Kommission, Ein europäischer Grüner Deal, Europäischer Grüner Deal (europa.eu)). Die Kerckhoff-Klinik beabsichtigt gemeinsam mit Ihren Auftragnehmern die Ziele des Green Deals zu erreichen.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

- Erklärung Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (§ 123 GWB)
- Erklärung Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (§ 124 GWB)
- Erklärung zur Selbstreinigung (§ 125 GWB)
- Eigenerklärung Russlandsanktionen
- Erklärung nach dem gemeinsamen Runderlass über den "Ausschluss von Bewerbern und Bieterinnen wegen schwerer Verfehlungen, die ihre Zuverlässigkeit in Frage stellen" in der Fassung vom 12. Dezember 2017 oder nach § 18 Abs. 3 HVTG (in der aktuell gültigen Fassung)
- Erklärung zur Einhaltung des MiLoG
- Eigenerklärung zur Anerkennung der Antikorruptionserklärung
- Erklärung Unternehmensdaten
- Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 12. Juli 2021, GVBl. S. 338
- Nach § 6 Abs. 1 WRegG ist ein öffentlicher Auftraggeber vor der Erteilung eines Zuschlags in einem Verfahren über die Vergabe öffentlicher Aufträge mit einem geschätzten Auftragswert ab 30.000 Euro ohne Umsatzsteuer verpflichtet, das Wettbewerbsregister zu demjenigen Bieterunternehmen abzufragen, das den Auftrag erhalten soll.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 18/09/2023 Ortszeit: 08:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Laufzeit in Monaten: 3 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 17/10/2023 Ortszeit: 10:00

Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: entfällt

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen

Postanschrift: Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2

Ort: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land: Deutschland

E-Mail: karin.heiderstaedt@rpda.Hessen.de

Telefon: +49 6151126601

Fax: +49 6151125816

Internet-Adresse: www.rp-darmstadt.hessen.de

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

- 1) Ein Nachprüfungsantrag zur Vergabekammer ist nach § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind
- 2) Insbesondere § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1, Nr. 2 und 3 GWB sowie § 134 Abs. 2 GWB sind zu beachten.
- 3) Die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit des Vertragsschlusses nach § 135 GWB endet spätestens 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union, vgl. § 135 Abs. 2 Satz 2 GWB.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

13/09/2023